



Und wer schützt die Jugendlichen vor dem Genuss zu vieler Pizze?

(Foto: Hilde Leubner)

JUGENDLICHE

Struktursalat im Jugendschutz

Die parlamentarische Kommission "Jeunesse en détresse" widmete sich drei Jahre lang den Problemen der Jugendlichen und fragte sich, wie ihnen beizukommen ist. Mit den Betroffenen selbst hat sie nicht gesprochen.

"Den Kindern und Jugendlichen in Luxemburg geht es immer schlechter." Gilbert Pregno weiß, wovon er spricht, denn er leitet die Elteren-Schoul Janusz Korczack der Fondation Kannerschlass. Unterdessen läuten auch bei der Stëmm vun der Strooss die Alarmglocken: "Immer mehr Minderjährige kommen zu uns. Es sind immer jüngere Menschen, die auf unsere Hilfe angewiesen sind", erklärten die Verantwortlichen der Obdachlosenhilfsorganisation am Donnerstag bei einer Pressekonferenz. "Viele sind krank, drogenabhängig oder haben ganz einfach Hunger."

"Die Strukturen für Kinder und Jugendliche mit Problemen reichen einfach nicht aus", sagt derweil Pregno. "Es gibt zwar zahlreiche Beratungsstellen, diese sind aber nicht miteinander vernetzt. Viele arbeiten nebeneinander und nicht miteinander." Derweil wurde unlängst eine Studie unter dem Titel "Das Wohlbefinden der Jugendlichen in Luxemburg" veröffentlicht, die vom Gesundheits- sowie vom Erziehungsministerium in Auftrag gegeben wurde. Zwar beteiligten 7.672 SchülerInnen sich an der Meinungsumfrage, in Luxemburg leben jedoch fast 100.000 Kinder und Jugendliche. Trotzdem geben die zahlreichen Statistiken einigermaßen Aufschluss über die Probleme der jungen Generation: So gaben 32,4 Prozent der SchülerInnen an, an ihrer Schule schon einmal das Opfer von Gewalt gewesen zu sein - wenig schmeichelhaft für das luxemburgische Schulwesen.

Im Landesdurchschnitt machen unterdessen diejenigen

Kinder und Jugendliche, die einmal eine Straftat begangen haben oder die Opfer von Miss-handlung oder Vernachlässigung wurden, nur einen geringen Prozentsatz aus. Dies hat die vor drei Jahren auf Initiative des CSV-Fraktionsvorsitzenden Lucien Weiler eingesetzte parlamentarische Sonderkommission "Jeunesse en détresse" in ihrem Schlussbericht festgehalten, der unter anderem auf Daten des Innen-

und des Justizministeriums sowie des Service central d'assistance (SCAS) basiert und über den am kommenden Dienstag abgestimmt werden soll. Der Grünen-Abgeordneten Renée Wagener, selbst Mitglied der Kommission, fiel dabei auf, dass diese allerhand VertreterInnen von Jugendhilfe- und Jugendschutzstrukturen zu Wort kommen ließ, "mit Jugendlichen selbst wurde aber nie gesprochen."



Und dennoch weist der Kommissionsbericht in seiner jetzigen Form auf eine beunruhigende Tendenz hin: Waren 1995/96 vom "Tribunal de la Jeunesse d'arrondissement de Luxembourg" noch 213 Verurteilungen ausgesprochen worden, verurteilte das Jugendgericht im Gerichtsjahr 2000/2001 bereits 307 Jugendliche, folglich eine Zunahme der Verurteilungen um nahezu das Anderthalbfache. Unterdessen registrierte der Jugendschutzdienst der SCAS 2001/02 insgesamt 600 Fälle und damit einen Anstieg um 49 Prozent gegenüber dem vorangegangenen Erfassungszeitraum.

Die AutorInnen des Kommissionsberichts nennen noch eine weitere Horrorstatistik: Wie das Innenministerium mitteilte, stieg die Zahl der von Jugendlichen begangenen Straftaten in den vergangenen 20 Jahren um mehr als das Doppelte. Um die Luxemburger Jugend scheint es demnach gar nicht so gut bestellt, wie zum Beispiel besagte Umfrage über das "Wohlbefinden der Jugendlichen" allgemein suggeriert. Die ParlamentarierInnen sehen darin Grund genug für eine Novellierung des Jugendschutzgesetzes vom 10. August 1992. Eine solche befindet sich derzeit in Luc Friedens Justizministerium in Vorbereitung. Aber ob darin die Empfehlungen der Kommission eine Rolle spielen werden?

Zahlenflut und Allgemeinplätze

Das Gremium hat in seinem Abschlussbericht eine Reihe von Zahlen aufgeföhren. Und doch bleibt die Analyse an der Oberfläche. Im Kapitel über die größten Schwierigkeiten von Jugendlichen heißt es zum Beispiel lapidar: "Les problèmes dont souffrent une partie de la jeunesse luxembourgeoise sont multiples, se manifestent de manière différente et peuvent être tant d'ordre physique que psychologique."

Als Hauptursache für die Probleme der Jugendlichen wird vor allem der Niedergang der Institution Familie ausgemacht und als Grund allen Übels betrachtet. Dass dieser eher konservativen Auslegung wesentlich mehr Platz eingeräumt wird als zum Beispiel den Integrationsproblemen von Immigrantenkindern, die in der Schule oft an dem hohen Anforderungsgrad durch die luxemburgische Dreisprachigkeit scheitern, sowie sozialen Faktoren wie Armut und Wohnungsnot, könnte ein weiterer Beleg für die CSV-Handschrift des Abschlussberichts sein. Eine konkrete Ursachenforschung nach sozialen Gesichtspunkten hat in den drei Jahren Kommissionsarbeit jedenfalls nicht stattgefunden.

Die AutorInnen des Abschlussberichts konstatieren, dass das bestehende Jugendschutzmodell zwar teilweise überholt sei. An der bisherigen Konzeption der Jugendpolitik, die der Prävention gegenüber der Repression Priorität einräumt, soll jedoch festgehalten werden. Der Aspekt Jugendschutz müsse künftig weiter Vorrang gegenüber Strafen und Sanktionen haben, sagte der LSAP-Abgeordnete Alex Bodry gegenüber der woxx.

Auf der Liste von Empfehlungen der Kommission tauchen allerhand Vorschläge für Neuerungen auf: Darunter befindet sich unter anderem eine therapeutische Einrichtung für psychisch kranke und schwer drogenabhängige Jugendliche. Eine solche gibt es im Großherzogtum bislang nicht: Luxemburgische Jugendliche, die unter einer psychischen Krankheit leiden, müssen zur Behandlung ins Ausland. Außerdem unterstützen die ParlamentarierInnen die Initiative der Regierung, innerhalb des staatlichen Centre socio-éducatif in Dreiebn eine sogenannte geschlossene Abteilung ("unité fermée") für jugendliche StraftäterInnen einzurichten. Gleichwohl halten die ParlamentarierInnen an der parallelen Unterbringung von jungen Delinquenten im Schrassiger Gefängnis fest. Wer wohin kommt, bleibt offen.

Zu den progressiveren Ergebnissen der drei Jahre währenden Kommissionsarbeit gehört nicht zuletzt der Vorschlag, bestehende Strukturen für Jugendliche auszubauen und neue zu schaffen, so zum Beispiel kleinere Wohneinheiten für Jugendliche, die das Elternhaus verlassen haben. Außerdem solle die Zahl der Therapieplätze für Drogenabhängige wie zum Beispiel im Centre Thérapeutique de Marnach (CTM) erhöht werden.

Nicht zuletzt empfiehlt die Kommission die Einrichtung einer staatlichen Vermittlungsstruktur "en phase pré-judiciaire". Für eine solche plädiert auch Gilbert Pregno von der Fondation Kannerschlass. Während es zum Beispiel in Deutschland Jugendämter gebe, herrsche in Luxemburg in diesem Bereich Nachholbedarf. In der Reihe der Organisationen, die für Jugendliche zuständig sind, ist ein Bindeglied noch nicht in Sicht. Eine Schaltstelle, so Pregno, sei deshalb dringend erforderlich.

Stefan Kunzmann